

Zu diesem Tagesordnungspunkt wurde auch der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 27.01.2014, DS Nr. 14/0034 „Strategiepapier für den Flugplatz Hangelar; Auftrag an kommunale Vertreter der Stadt Sankt Augustin“ aufgerufen.

Herr Gleß begrüßte den weiteren Geschäftsführer der Flugplatzgesellschaft, Herrn Walter Wiehlpütz. Danach stellte er die Genese des Strategiepapiers vor. Hierzu führte er zunächst aus, dass man im Bereich des Flugplatzes mit einem Paradigmenwechsel zu tun habe. Geändert habe sich die finanzielle Situation. Haupteinnahmequellen sind die vermieteten Standplätze, der Treibstoffverkauf und die Start- und Landgebühren. Da immer weniger Piloten in Hangelar landen und starten, breche die Haupteinnahmequelle weg. Auch haben sich die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen verändert. Die Zahl der Hobbyflieger sei in den letzten Jahren stark zurückgegangen. Zudem herrsche eine Diskussion über die Geräuschbeeinträchtigungen durch den Flugplatz. Auch habe ein Personalwechsel im Bereich des Flugplatzes stattgefunden. Aus diesem festgestellten Paradigmenwechsel ist auf Ebene der Geschäftsführung ein Umdenkungsprozess entstanden mit der Zielrichtung einer strategischen Ausrichtung. Das sei die Geburtsstunde des Strategiepapiers gewesen. Man habe Kernaussagen entwickelt, die im Strategiepapier verankert wurden. So sollen etwa die Gebühren für Start und Landungen an den Lärm gekoppelt und differenziert erhoben werden. Laute Flieger sollten dabei mehr zahlen. Man sei in Verhandlungen mit der Bezirksregierung Düsseldorf. Neue Betriebe sollen angesiedelt werden, aber nur dann, wenn zweifelsfrei nachgewiesen wird, dass sie umweltverträglich platziert werden können. Auch befinde sich im Strategiepapier ein Bekenntnis zum Naturschutz.

Herr Metz von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN merkte an, dass auch die Kontrollen durch das Laserfernglas manchen Flieger vom Flugplatz Hangelar ferngehalten haben. Die Lärmmessstation sei damals nur ausgesetzt worden, weil man sagte, dieses Geld lieber in das Laserfernglas hineinzustecken. Im Strategiepapier stünden viele gute Dinge. Nicht so sehr gefallen würde die Ansiedlung von Hotellerie. Auch im letzten Rahmenplanungsbeirat sei dies als nicht erstrebenswert erkannt worden. Bezüglich der Ausweisung von Gewerbeflächen verwies Herr Metz auf den Beschluss des Rates aus dem Jahre 2011 sowie auf einen Beschluss des Rahmenplanungsbeirates, wonach jede Gewerbeflächenentwicklung an die Frage zu koppeln ist, ob sie Lärm verursachen wird. Ziel muss es sein, mit einer Strategie eine verlässliche Perspektive für den Flugplatz zu erhalten. Dessen Existenz müsse gesichert werden, aber auch die Akzeptanz des Flugplatzes in der Bevölkerung müsse Ziel eines solchen Prozesses sein. Auch dazu sei u. a. der Rahmenplanungsbeirat installiert worden. Für seine Fraktion sei es erstaunlich gewesen, dass man aus der Presse erfahren habe, dass für den Flugplatz eine neue Strategie ermittelt wurde. Vorher sei dies nicht Gegenstand irgendwelcher Beratungen gewesen. Seines Erachtens müsse eine Flugplatzstrategie unbedingt in die Rahmenplanung eingebettet sein. Auch müsse das Strategiepapier in den Diskussionsprozess mit den Bürgerinnen und Bürger gebracht werden und eine Beschlussfassung im Rat und seinen Ausschüssen hierüber erfolgen.

Für die SPD-Fraktion stellte Herr Nettesheim fest, dass man das Strategiepapier begrüße. Es stelle sich jedoch die Frage nach dem richtigen Zeitpunkt. Die Akzeptanz des Flugplatzes bei den Anwohnern sei zurückgegangen, diese muss zurückgewonnen

und verbessert werden. Mit einigen Zielen aus dem Papier sei man einverstanden bzw. andere hätte man gerne anders gestaltet. So fehlten zu den Flugbewegungen der letzten Jahre Zahlenvergleiche. Auch das operative Ziel der Ansiedlung einer Hotellerie wird abgelehnt. Auch deckte Herr Nettessheim aus seiner Sicht Widersprüche bezüglich des Bestandsschutzes der Gyrokopter auf. Seine Fraktion sei für ein Gyrokopterverbot bzw. für eine Reduzierung der Tragschrauber. Die im Strategiepapier dargestellte Kommunikation werde von seiner Fraktion für gut befunden. Bannerflüge lehne man ab. Auch sei es schade, dass Platzrunden nicht mehr kontrolliert werden. Man erwarte die Schaffung von Kontrollmöglichkeiten.

Danach ergriff Herr Schell von der CDU-Fraktion das Wort. Man solle froh sein, dass ein Strategiepapier erstellt wurde. Es gehe nicht um die Gewinnmaximierung, sondern dass man wieder eine schwarze Null schreibe. Im letzten Jahr sei ein Verlust von ca. 100.000 € gemacht worden. Dass für alle Probleme nicht explizit Lösungen gefunden wurden, müsse man verstehen. Es seien in diesem Strategiepapier Ziele definiert worden, die jetzt entsprechend umzusetzen sind. Über dem Ganzen stehen das Leitbild und die Vision. Durch gezielte Maßnahmen zur weiteren Minimierung von Geräuschimmissionen soll eine größere Akzeptanz in der Bevölkerung erreicht werden. Ein Strategiepapier sei ein Kompromiss der verschiedenen Gesellschafter. Es sei gut, dass die Start- und Landegebühren danach ausgerichtet werden, wie die Immission bei den Bürgern ankommt. Dabei können laute, lärmgeminderte Flugzeuge erheblich lauter sein als leise, nicht lärmgeminderte Flugzeuge. Die Gebühren sollen aber nicht soweit erhöht werden, dass es zu einem weiteren Einbruch in den Flugbewegungszahlen kommt. Bezüglich der Gyrokopter stellte er fest, dass es bei der bisher dort stationierten Anzahl von sieben bleibt. Ein Mietvertrag, der ausläuft oder gekündigt wird, werde nicht neu vergeben. Die Einbindung des Strategiepapiers in die Rahmenplanung sei in vielen Bereichen nicht machbar gewesen, weil die Dinge doch zu different seien. Er nannte z. B. die Flächen des Naturschutzes auf dem Flugplatz. Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sei 24 Stunden vor der Sitzung eingegangen. Einzelnen Punkten könne man auf Anhieb nicht zustimmen. Vor dem Hintergrund der Kurzfristigkeit und weil auch eine Sondersitzung des UPV zum Thema Flugplatz anstehe, melde er Beratungsbedarf an.

Herr Köhler von der Fraktion Aufbruch! bedankte sich für die Erstellung des Strategiepapiers. Er könne das vorgestellte Leitbild zu 100 % unterstützen. Der Flugplatz verdiene Bestandsschutz. Er sei identitätsstiftender Bestandteil unserer Stadt und der Region. Dem Flugplatz müsse ermöglicht werden, wirtschaftlich zu bestehen. Das Papier habe nicht Endgültigkeits- sondern Diskussionsanregungscharakter. Die Vertreter der Kommunen müssen hierzu Position einnehmen. Er verstehe den heutigen Tagesordnungspunkt so, dass mit den in der Sitzung gemachten sowie noch aus den Fraktionen kommenden Anregungen den Geschäftsführern weitere Anregungen mit auf den Weg gegeben werden können. Seine kritischen Anmerkungen wären die gewesen, die auch in dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN enthalten sind. Insbesondere beziehe er sich auf das operative Ziel Ansiedlung einer Hotellerie. Das habe man im Rahmenplanungsbeirat ausdrücklich zurückgewiesen. Die weiteren operativen Ziele, wie Ansiedlung von nicht flugplatzaffinem Gewerbe, progressiver Bestandsschutz für hubschrauberaffine Betriebe usw. seien, so wie er das verfolgte, nicht Bestandteil der Thematik im Rahmenplanungsbeirat gewesen. Die Ansiedlung von

Gewerbe müsse gekoppelt sein von der Frage, ob mehr Lärm verursacht wird oder nicht. Er gehe davon aus, dass hierüber weiter beraten wird.

Da es ein Antrag zu einem Tagesordnungspunkt ist, könne er nicht einfach zurückgestellt werden, sondern müsse ggf. verwiesen werden, teilte der Ausschussvorsitzende mit. Heute nicht darüber zu beschließen, ginge nicht.

Herr Metz stellte noch einmal fest, dass man davon ausgehe, dass der Aufsichtsrat des Flugplatzes dieses Strategiepapier beschlossen habe. Zumindest im Hinblick auf die Rahmenplanungsberatungen mit Bürgerbeteiligung halte er diesen Beschluss für unglücklich. Man könne es so interpretieren, wie Herr Köhler es gesagt habe, dass es nicht der Weisheit letzter Schluss sei, sondern der Anstoß zu weiteren Diskussionen. Unter diesem Aspekt würde auch der Beratungsbedarf akzeptiert und man werde dem Verweis in die nächste Sitzung zustimmen. Man würde aber bitten, dass, wenn dieses Strategiepapier im Aufsichtsrat thematisiert wird, deutlich gemacht wird, dass zu diesem Papier seitens des Rates der Stadt Sankt Augustin Beratungsbedarf besteht.

Auch Herr Züll von der FDP-Fraktion meinte, dass wegen der kurzfristigen Einreichung des Antrags in jeder Fraktion Beratungsbedarf bestehen könnte. Er akzeptiere das Strategiepapier der Flugplatzgesellschaft Hangelar. Er meine sich zu erinnern, dass aus dem Planungsbeirat eine Gruppe beratungsoffen dieses Strategiepapier erarbeiten sollte. So verstehe er dieses Papier und habe keine Probleme damit, da bei der konkreten Bauleitplanung die Kommune dann als Planungsträger gefragt sei. Er halte es für ein neutrales Papier, welches der Meinungsbildung diene. Auch würde er heute grundsätzlich nicht beschließen wollen, dort kein Hotel zu haben.

Herr Schell stellte fest, dass er, der auch Mitglied des Aufsichtsrates der Flugplatzgesellschaft ist, sich ausdrücklich dafür eingesetzt hat, dass dieses Strategiepapier öffentlich gemacht wird. Das sei nicht selbstverständlich. Das sei ein Beweis für den Aspekt der Öffentlichkeit der Flugplatzgesellschaft. Er könne für seine Person zusagen, dass, wenn es im Aufsichtsrat noch einmal beraten wird, er auf die Sankt Augustinern Vorbehalte hinweist. Nach seinem Verständnis sei er als Aufsichtsrat der Gesellschaft verpflichtet. Er wies noch einmal darauf hin, dass bei vielen Dingen ein Kompromiss geschlossen werden musste.

Herr Nettesheim unterstrich noch einmal, dass man das Strategiepapier begrüße und erinnerte aber daran, dass man Dinge anders formuliert hätte oder hätte gar nicht aufnehmen sollen.

Herr Metz verwies auf § 113 GO NRW. Danach haben die Vertreter der Gemeinde in den Aufsichtsräten die Interessen der Gemeinde zu verfolgen. Sie seien an die Beschlüsse des Rates und seiner Ausschüsse gebunden. Absatz 5 sage aus, dass die Vertreter den Rat über alle Angelegenheiten von Bedeutung frühzeitig zu informieren haben. Dies mache deutlich, dass die Strategie einer Unternehmung Grenzen findet, wenn z.B. eine Stadt als Eigentümerin die Hand drauf hält, was in der Gesellschaft passiert. Seines Erachtens sei die Strategie einer Gesellschaft etwas, was unter Abs. 5 fallen würde.

Herr Schell stellte fest, dass er sich bei dem Beigeordneten der Stadt, Herrn Lübken, erkundigt habe und es auch über die Gemeindeordnung hinaus übergeordnete Gesetze gebe. Dies könne aber in den abschließenden Diskussionen in der Sondersitzung besprochen werden.

Der Ausschussvorsitzende schlug vor, das Strategiepapier zur Kenntnis zu nehmen und den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in die Sondersitzung des Umwelt-, Planungs- und Verkehrsausschusses zu verweisen.

Damit war der Ausschuss einverstanden.